

Migrationsbeirat der  
Landeshauptstadt München

## **Stärkere Prüfung der Subunternehmen für Lieferdienste und Überprüfung des Direktanstellungsgebots für deren Fahrer.**

Antragsteller\*innen: Tonka Cuic, Enrico Bianco,

Eingebracht in dem Ausschuss A5 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 151-23-26

Vollversammlung vom 13.04.2026

### **I. Antrag**

**Antragsgegenstand:** Die Subunternehmen für Lieferdienste sollen einer stärkeren Prüfung unterzogen werden. Außerdem ist eine Überprüfung des Direktanstellungsgebots für die Fahrer der Lieferdienste erforderlich.

Der Migrationsbeirat möge beschließen:

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München fordert den Stadtrat und die Stadtverwaltung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

**Die Subunternehmen von Lieferdiensten sollten in der Landeshauptstadt einer stärkeren Prüfung der Arbeitsbedingungen unterzogen werden. Zusätzlich soll eine Verbesserung der Rechte von Fahrern gegenüber Lieferunternehmen in einer bundesweiten Umsetzung bewirkt werden.**

**Hintergrund:** viele öffentliche Recherchen deckten Fälle von erzwungener Schwarzarbeit, mangelnder Lohnzahlung und Gewalt auf, oft durch komplexe und nicht transparente Subunternehmerketten.

**Ziel:** Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmersicherheit und Umgehung von Verantwortung durch Hauptunternehmen.

**Maßnahmen:** Prüfung eines Direktanstellungsgebots für Lieferfahrer, um Arbeitsrechtsverstöße effektiver zu bekämpfen und Transparenz herbeizuführen.

**Herausforderungen:** Es müssen hohe verfassungs- und europarechtliche Hürden überwunden werden, da Subunternehmertum grundsätzlich legitim ist.

Ein Direktanstellungsgebot sollte tatsächlich als letztes Mittel zur Bekämpfung von Missständen bei solchen Lieferdiensten gesehen werden.

Die Forderung, Lieferplattformen und digitale Arbeitsplattformen stärker in die Haftung zu nehmen, sollte Gegenstand politischer und rechtlicher Diskussionen sein, **insbesondere um unlauteren Wettbewerb zu verhindern und Arbeitsstandards zu sichern.**

### **II. Begründung**

Aufgrund von Berichten über kriminelle Strukturen, Ausbeutung und Arbeitsrechtsverstöße bei Subunternehmen von Lieferdiensten wie Uber Eats, Wolt oder Lieferando sollten Lieferdienste zwingend einer stärkeren Prüfung der Arbeitsbedingungen unterzogen werden.

Die Lieferdienst-Branche in Deutschland hat einen sehr hohen Anteil an Migrant:innen, vor allem aus Süd-, West- und Zentralasien sowie Osteuropa. Viele Fahrer sind männlich, arbeiten oft befristet, als Werkstudenten oder in Nebenjobs, wobei der Migrationsanteil deutlich über dem von klassischen Helferberufen liegt.

Die Beschäftigung im Liefersektor ist oft durch befristete Verträge und prekäre Arbeitsbedingungen geprägt, was viele Migrant:innen als Einstieg in den Arbeitsmarkt nutzen. Die Plattformarbeit bietet schnelle Beschäftigungsmöglichkeiten, oft jedoch ohne die Absicherung regulärer Vollzeitstellen und damit Ausbeutung.

Die Firmenkonstruktion der Lieferdienste stellt augenscheinlich eine Hülle dar, um deutsches Arbeitsrecht auszuhebeln. Die Verträge sind nicht transparent und es gibt keine klare Regelung von Verantwortlichkeiten, die Hauptunternehmen sind durch die Regelung außerhalb der Verantwortung und damit werden die Pflichten des Arbeitgebers umgangen.

**Mit Arbeitsmarktverstößen unterstützen wir falsche Scheinlegalität** – Barzahlung, Minijobs, Mindestlohn in Kombination mit Bargeld, Verantwortung der korrekten und gesetzesmäßigen Bezahlung der Kurier:innen liegt in der Unternehmerischen Verantwortung der Partnerunternehmen. Was die Kontrolle von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern erschwert.

Mit Arbeitsmarktverstößen unterstützen wir **Arbeitsrechtliche Kriminalität & Ausbeutung, Steuerhinterziehung**.

Wenn wir Ausbeutung und Arbeitsrechtsverstöße bei Subunternehmen von Lieferdiensten nicht entgegenwirken, unterstützen wir falsche Geschäftspraktiken.

Quellen:

Einblicke in die komplexen und oft undurchsichtigen Strukturen der Lieferdienstbranche gibt eine rbb-Recherche (<https://www.rbb-online.de/doku/o-r/rbb-story/Ausgeliefert.html>) die Hinweise auf kriminelle Netzwerke aufgedeckt hat. Der Bericht führt als Beispiel eine Kurierfahrer:in an, die Bestellungen über die Wolt-App ausgeliefert und dann monatelang vergeblich auf ihren Lohn gewartet hat. Ihre Klage vor dem Berliner Arbeitsgericht gegen Wolt scheiterte: Sie konnte nicht nachweisen, direkt bei dem Plattformbetreiber angestellt gewesen zu sein. Wolt verwies im Prozess auf ein Subunternehmen namens IMOQX als Arbeitgeber.

### **III. Beschluss nach Antrag**

Der Antrag wird in der Gesamtabstimmung einstimmig mit nachfolgenden Änderungen beschlossen:

#### **I. Antrag**

[...]

**Hintergrund:** viele öffentliche Recherchen deckten Fälle von erzwungener **Schwarzarbeit, nicht angemeldeter Beschäftigung**, mangelnder Lohnzahlung und Gewalt auf, oft durch komplexe und nicht transparente Subunternehmerketten.

gez.

Dimitrina Lang

Vorsitzende

gez.

Lara Galli

1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.

Arif Abdullah Haidary

2. Stellvertretender Vorsitzender